

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/161

26. August 1975

Filbinger-Katze aus dem Sack

Stuttgarter ARD-"Geheimpapier" alarmiert die Demokraten

Seite 1 / 28 Zeilen

Freier Zugang und freie Nutzung der Meere

Die Bundesrepublik und die Seerechtskonferenz

Von Horst Grunenberg MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Ernährung/
Landwirtschaft/Forsten

Seite 2 und 3 / 61 Zeilen

Ist die Wochenschau noch zu retten ?

Zu einem Lagebericht des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Von Hermann P. Reiser MdB

Arbeitsgruppe "Presse und Medien" der SPD-Bundestagefraktion

Seite 4 und 5 / 61 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 06 26 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Filbinger-Katze aus dem Sack

Stuttgarter ARD-"Geheimpapier" alarmiert die Demokraten

Die baden-württembergische Affäre um das "Geheimpapier" zur Kontrollierung und Disziplinierung der Anestellten des Ersten Fernsehens (ARD) ist durch die sogenannte "Erklärung" der CDU-Landesregierung zu einem offenen Skandal geworden. Der Versuch, dieses Papier, das seit Wochen Gegenstand öffentlichen Ärgernisses ist, als "Denkübung" irgendeines untergeordneten und namenlosen Beamten verharmlosen zu wollen, kann, um den Stuttgarter SPD-Fraktionsvorsitzenden Dr. Rudolf Schieler zu zitieren, tatsächlich nur als ein "durchsichtiges Ausweichmanöver" bewertet werden.

Der CDU-Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger, der zu den Spitzengipfeln der Oppositionsfronde mit Strauß und Dregger gehört, kann durch diesen dummdreisten Trick nicht das Faktum aus der Welt schaffen, daß hier, in diesem Papier, ein Weg vorgeschlagen worden ist, wie das derzeitige demokratische und ausgewogene System der ARD zugunsten einer den CDU/CSU-Machtinteressen besser entsprechenden Regelung gesprengt werden soll. Diese Tendenz wird vollends deutlich erkennbar durch den Satz der Stuttgarter "Erklärung", daß das Papier für die Überlegungen der Vertreter der CDU-Landesregierung in den Rundfunkanstalten dienlich sei. Damit wird durch die baden-württembergische CDU-Landesregierung selbst klargelegt, daß sie diese "Überlegungen" eines ihrer Beamten für so nützlich hält, daß sie ihren Vertretern in den Rundfunkanstalten nahelegt, sich dieser "Überlegungen" für ihre Arbeit zu bedienen.

Angeichts dieser Bestätigung der durch das "Geheimpapier" ausgelösten Besorgnisse ist die Versicherung der Filbinger-Regierung belanglos, daß sie keinen "Auftrag" zu Erarbeitung des Papiers gegeben habe. Die Filbinger-Katze ist endgültig aus dem Sack. Daß das für die "Überlegungen" zu früh geschahen ist, kann nur als gut bewertet werden, denn jetzt sind die Demokraten in diesem Lande hellhörig geworden. Sie werden sich zur Wehr zu setzen wissen. (ee/26.8.1975/ka/ee/ben)

Freier Zugang und freie Nutzung der Meere

Die Bundesrepublik und die Seerechtskonferenz

Von Horst Grunenberg MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung/Landwirtschaft/Forsten

Von der Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland weithin unbeachtet schicken sich fast 150 Staaten auf der 3. Seerechtskonferenz der VN an, die Ozeane der Welt unter sich aufzuteilen. 70 vH der "Erdoberfläche stehen zur Disposition. Zusammengetreten, um das "gemeinsame Erbe der Menschheit", die Ozeanbecken mit ihren unermesslichen Schätzen an Fischen, an Erdöl und Erdgas im Kontinentalrand, an Kupfer, Nickel und anderen NE-Metallen in Form von Manganknollen am Tiefseeboden, vor der Ausbeutung durch wenige zu bewahren und internationaler Treuhandschaft zu unterstellen, und um die Gewinne der Meeresbodennutzung auch armen und ärmsten Staaten der Erde zugute kommen zu lassen, sind die Erben in erbitterten Verteilungsstreit geraten.

Nach dem heutigen Stand der Verhandlungen ist gewiß, daß die Territorialgewässer auf 12 Seemeilen (sm) ausgeweitet werden und daß sich an sie eine mindestens 188 sm tiefe Wirtschaftszone anschließen soll, innerhalb deren sowohl die Ausbeutung des Festlandsockels (Erdöl, Erdgas, Mineralien) als auch der Fischfang mehr oder minder ausschließlich dem Küstenstaat zufallen. Das bedeutet, daß etwa 36 vH der Weltmeere "nationalisiert" werden, und daß 116 bisher freie internationale Wasserstraßen zu "Meerengen" werden. Wenn man weiß, daß 1960 auf Frachtschiffen 1,1 Milliarden to Güter befördert wurden, 1970 aber schon 2,5 Milliarden to, daß 1974 15 vH der Welterdölproduktion vom Meeresboden gefördert wurden, es in den 80er Jahren aber rd. 30 bis 40 vH sein werden, und daß über 80 vH des Weltfischfangs aus der 200 sm-Zone stammen, dann erkennt man unschwer die Tragweite solcher Regelungen.

Der umstrittenste Gegenstand der Seerechtskonferenz aber ist die Frage der Nutzung der Schätze des Tiefseebodens. Nur wenige Industriestaaten, unter ihnen die Bundesrepublik, sind technologisch dazu in der Lage. Es hat sich gezeigt, daß die kompakte Gruppe der Entwicklungsländer ("Gruppe 77", sie verfügt inzwischen über mehr als 100 Staaten und

die Zweidrittelmehrheit) die Setzung neuen Meeresvölkerrechts dazu benutzt, die Förderung von Manganknollen aus der Tiefsee nicht nur der Kontrolle einer Internationalen Meeresbodenbehörde zu unterwerfen, sondern dieser Behörde das alleinige Abbaurecht unter Ausschluß von Staaten und Privatunternehmen zuweisen möchte.

Die Erfolge des Ölkartells haben die Dritte und Vierte Welt bewogen, unter Führung von Öl- und Rohstoffländern das Meeresvölkerrecht unter dem Schlagwort der "Neuen Weltwirtschaftsordnung" als Hebel anzusetzen. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, berechtigten Interessen und Forderungen der Entwicklungsländer entgegenzukommen. Sie muß jedoch im Rahmen der politischen Durchsetzbarkeit auch ihre Interessen mit aller Entschiedenheit vertreten. Dazu gehört, daß Staaten und Unternehmen freier Zugang zum Meeresboden erhalten bleibt, was nicht ausschließt, daß die Meeresbodenbehörde, deren Schaffung die Bundesrepublik aktiv unterstützt, selbst im Interesse der Entwicklungsländer an der wirtschaftlichen Nutzung des Meeresbodens teilnimmt. Allerdings muß man Wert darauf legen, daß deren Effizienz gesichert und die Rechte der Minderheit geschützt werden.

Die Bundesrepublik als hochgradig exportabhängiges Land mit einer der größten Handelsflotten der Welt sollte eine wesentliche Aufgabe darin sehen, freie Nutzung der Meere als Verkehrsträger auch im neuen Seerecht abzusichern. Was die Fischerei angeht, so müssen wir schon heute versuchen, mit den begünstigten Küstenländern, in deren Wirtschaftszonen die von uns traditionell befischten Fanggründe liegen, einvernehmlich Regelungen über die Mitnutzung ihrer Ressourcen zu finden und neue Fanggründe zu erschließen.

Die Forderung der Entwicklungsländer nach einer Beteiligung an der technologischen Entwicklung könnte durch einen die Interessen beider Seiten berücksichtigenden Technologietransfer entsprochen werden. Dabei sollte nicht übersehen werden, daß die Behinderung der Forschungstätigkeit der Industrieländer auch die Entwicklungsländer treffen müßte. In keinem Falle wird und kann die Bundesrepublik eine Beugung ihrer Rechts- und Wirtschaftsordnung in Betracht ziehen. (-/26.8.1975/bgy/ks/ee/sab)

+ + +

Ist die Wochenschau noch zu retten ?

Zu einem Lagebericht des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Von Hermann P. Reiser MdB

Arbeitsgruppe "Presse und Medien" der SPD-Bundestagsfraktion

Was soll nun aus den Wochenschauen werden? Geschehen muß etwas. Noch existieren in der Bundesrepublik drei: die von deutschen Privatpersonen gehaltene "Blick in die Welt" in Remagen, "Ufa dabei" in Hamburg, die sich zu 92 vH im Besitze des Bundes befindet, und schließlich der deutsche Ableger der amerikanischen "Fox tönende Wochenschau", die in München produziert wird. 1956, zu Beginn der Fernseh-Ära, war die Wochenschau noch eine publizistische Großmacht. Von den damals rund 6.400 Filmtheatern in der Bundesrepublik zeigten 6.000 eine Wochenschau. Diese Kinonachrichten wurden jährlich von etwa 735 Millionen Zuschauern gesehen. 1974 stellten die Gesellschaften damit verglichen noch nicht einmal zehn vH der Wochenschaukopien her. Von 3.000 Kinos, die überlebt haben, spielen knapp 600 noch eine Wochenschau und erreichen damit nur 28 Millionen Besucher im Jahr. Die Nachrichtensendungen des Fernsehens, die aktueller, knapper und umfassender informieren können, schaffen diese Seherzahl leicht an einem einzigen Abend.

Wenn die Wochenschauen nach Organisation, aber wohl auch nach Form und Inhalt, nicht verändert werden, dürften sie nun schnell ganz dahindämmern. Bundesregierung und Parlament können das Schicksal der Wochenschau nicht gleichgültig sein. Denn bei den jährlich noch 28 Millionen Wochenschauzuschauern handelt es sich überwiegend um junge Leute zwischen 15 und 28 Jahren, die nur sporadisch von den anderen Informationsmedien erreicht werden und die nur allzu gern durch den Kinobesuch familiären Fernsehzwängen entgehen wollen. Zudem liefern die Wochenschau-Firmen in einem internationalen Austauschsystem Berichte aus und über die Bundesrepublik an zahlreiche Partnergesellschaften in aller Welt: und das in harter Konkurrenz zur Staatswochenschau der DDR ("Der Augenzeuge").

Damit wird die Auslandstätigkeit des Regierungspresseamtes nicht unwesentlich ergänzt. So steht es auch in einem Memorandum, das von diesem

Amt zur Situation der deutschen Wochenschauen vorgelegt worden ist. Bisher wurden die Wochenschauen folgerichtig mit 900.000 DM jährlich für Inlands- und Auslandsarbeit aus dem Bundeshaushalt subventioniert. Dieser Zuschuß wird das Ende der Wochenschau nicht aufhalten können. Der Staat wird dadurch auch nichts einsparen, denn er wird das Geld für eine verstärkte Auslandsinformation benötigen.

Es wird nun als Rettungsaktion vorgeschlagen, die Abspiegelbasis der Wochenschauen dadurch zu verdoppeln, daß die Wochenschau-Mieten um 50 vH gesenkt werden. Als Anreiz käme dazu der sogenannte "Wochenschau-Pfennig" laut Filmförderungs-gesetz. Danach wird jedem Filmtheater, das eine Wochenschau zeigt, pro verkaufte Eintrittskarte ein Pfennig vergütet. Die Kinobesitzer waren mit diesem Pfennig-Angebot bisher jedoch nicht zu locken. Profitabler war für sie die günstige Verleiherofferte Kurzfilm mit Prädikat und Hauptfilm. Damit ist in den meisten Bundesländern eine erlassene oder ermäßigte Vergnügungssteuer verbunden. Grotesk: Steuerersparnis bei Kopplung zwischen einem mit "wertvoll" markierten Kurzfilm und einem porno-ähnlichen Spielfilm ("Pauline laß die Hosen runter" oder so). Der Vorschlag mit den herabgesetzten Wochenschau-Mieten würde das Defizit der Firmen noch vergrößern. Die staatlichen Zuschüsse müßten (so die Fachleute des Presseamtes) von 900.000 DM um 1,6 Millionen auf 2,5 Millionen DM angehoben werden. Voraussetzung dabei wäre noch, daß die beiden deutschen Wochenschauen rationalisieren und kooperieren, ihre Produktion und ihren Vertrieb zusammenlegen. Wirtschaftlich ergibt sich, daß nur eine Wochenschau auf dem deutschen Markt bestenfalls lebensfähig ist.

Außerdem, meine ich, sollte die Wochenschau nach Form und Inhalt eine zeitgemäße Konzeption entwickeln, mit der die Mentalität ihrer Zielgruppe (jugendliche Kinobesucher) genauer erfaßt wird. Auch sollten die umfangreichen Wochenschau-Archive dazu genutzt werden, um in jeder Ausgabe einen historisch-politischen Rückblick aufzunehmen, für den gerade bei jungen Bürgern erhebliches Interesse besteht. Jedenfalls ist ein Schlußsatz in dem Lagebericht des Presse- und Informationsamtes über die Wochenschau sicher richtig: Eine politische Entscheidung des Bundes wird unausweichlich.

(-/26.8.1975/ks/ee/sab)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhard Eckert